



# Interviews

**Datum: 18. April 2024**

**Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, im Gespräch mit Sarah Zerback**

**Sarah Zerback:** Am Telefon ist jetzt Jürgen Hardt, der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag. Guten Tag, Herr Hardt!

**Jürgen Hardt:** Guten Morgen, Frau Zerback.

**Zerback:** Israel will nun auf den Angriff des Iran reagieren, aber den Krieg nicht ausweiten. Hat sich der diplomatische Dauereinsatz der Bundesaußenministerin gelohnt?

**Hardt:** Ich glaube, dass es eine einheitliche Stimme ist nicht nur aus europäischen Hauptstädten, sondern auch aus Washington, die die Israelis bitten, doch jetzt aus diesem militärischen Erfolg, den sie erreicht haben in der erfolgreichen Abwehr dieses Angriffs in der Nacht von Samstag auf Sonntag, dass sie daraus auch einen politischen Erfolg machen. Der Politische Erfolg, der ja schon bereits sichtbar ist, ist, dass nicht nur viele Freunde und Unterstützer Israels bei dieser Abwehr geholfen haben, sondern auch viele Staaten der arabischen Welt, bei denen man das vielleicht nicht auf den ersten Blick erwarten dürfte. Und dass der Iran ein Stück weit weiter isoliert ist, das ist auch richtig so. Der Iran ist der zentrale Störer des Friedens in der Region. Er baut an einer Atombombe, er baut an Raketen, die im Zweifel auch Europa erreichen können. Er sponsert, er unterstützt die Terroristen im Libanon, die Hisbollah, aber auch die Huthis im Jemen, natürlich die Hamas im Gazastreifen. Er hat eine Rhetorik, die vorsieht, dass Israel vernichtet werden müsse. Das ist der Störer in der Region und wenn es gelingt, als Ergebnis dessen, was in den letzten Tagen geschehen ist, diese Allianz zu halten gegen den Iran, und wenn wir als Europäer dann auch noch unseren Beitrag dazu leisten, glaube ich, dass aus israelischer Sicht mittel- und langfristig mehr erreicht wird, als wenn man sich jetzt Genugtuung holt durch eine wie auch immer geartete Gegenreaktion.

**Zerback:** Wie die ausfällt, dazu hat sich Netanjahu noch nicht konkret geäußert. Das Kriegskabinett tagt ein weiteres Mal. Was wäre denn eine kluge Reaktion Israels, um diese neuen Allianzen nicht zu gefährden und auch die Verbündeten nicht zu verprellen?

**Hardt:** Ich bin kein Militärexperte, aber wir haben die große Bedrohung Israels durch die Hisbollah im Libanon, die ja von Iran kontrolliert wird. Ich glaube, wenn die Israelis an die iranische Adresse die Forderung stellen würden, wenn es euch Ernst ist mit einer Deeskalation der Situation, dann wirkt auf die Hisbollah ein, dass die Hisbollah sich an die UN-Resolution hält, dass die Hisbollah sich vom Süden der Grenze des Libanon zu Israel zurückzieht, damit die rund 100.000 Israelis, die evakuiert sind in diesem Gebiet, die zurzeit in Hotels leben müssen, weil ihre Dörfer zu unsicher sind, zurückkehren können. Das wäre meines Erach-

tens ein Vertrauensbeweis, der auch dann auf der israelischen Seite politisch positiv beantwortet werden könnte. Aber diese Forderung gegenüber dem Iran müsste man vielleicht aus Tel Aviv erheben und dann muss man, abhängig davon, ob etwas im positiven Sinne geschieht oder nicht, vielleicht weitere Aktionen kalibrieren. Das wäre ein Vorschlag, den ich machen würde. Allerdings sitze ich weder bei Netanjahu im Kriegskabinett, noch in der Bundesregierung. Insofern weitere vertrauensbildende Maßnahmen als Voraussetzung dafür, dass Israel vielleicht von dem Plan eines Gegenschlages ablässt. Das wäre mein Ansatz, mit dem ich das Thema beschreiben würde.

**Zerback:** Vorschläge machen Sie. Sie haben, die CDU als Ihre Partei hat vorgeschlagen, dass der Iran mit weiteren Sanktionen überzogen wird, gegen Irans Raketen- und Drohnenprogramm zum Beispiel. Da bewegt sich jetzt etwas in der EU. Auch die Bundesaußenministerin fordert das. Sie sind da auf einer Linie. Was können diese Sanktionen bewirken? Das ist ja bei weitem nicht die erste Sanktionsrunde. Oder sind die in erster Linie symbolischer Natur?

**Hardt:** Das hat ja eine Vorgeschichte. Wir haben alle zusammen dieses Atomabkommen mit dem Iran versucht zu erreichen, mit dem Ziel der Verhinderung der atomaren Bewaffnung des Iran. Wir müssen seit einigen Jahren feststellen, dass der Iran in dieser Frage eindeutig auf Zeit spielt. Es gibt lediglich einen wesentlichen Faktor, nämlich die Hochanreicherung von Uran, wo der Iran bisher wahrscheinlich noch nicht in der Lage ist, entsprechende Sprengstoffe für die Bombe zustande zu bringen. Aber wir sehen keinen Willen, von diesem Atomprogramm abzuweichen, und deswegen haben wir bereits vor einigen Jahren, beginnend mit verschiedenen Bundestagsanträgen gefordert, die Schlagart, die Tonart gegenüber dem Iran zu verschärfen, Technologiesanktionen, die wirksam verhindern, dass der Iran Technologie bekommt, mit der man Drohnen bauen kann, im Übrigen ja auch Drohnen, die auch gegen die Ukraine eingesetzt werden, aber auch die Listung der Revolutionsgarden, des militärischen Rückhalts der sogenannten Islamischen Revolution im Iran, die Listung dieser Revolutionsgarden als Terrororganisation. Das ist bisher auf europäischer Ebene nicht gelungen. Ich habe auch den Eindruck, dass die Bundesregierung das nicht mit Nachdruck verfolgt hat. Das würde es uns deutlich einfacher machen, wirtschaftliche Aktivitäten des Iran, speziell dieser Revolutionsgarden in Deutschland trocken zu legen und vielleicht auch diese Unternehmen näher zu betrachten...

**Zerback:** Da habe ich aber den Bundeskanzler schon gestern ganz deutlich verstanden. Der sieht einen möglichen Ansatz dafür, dass genau das jetzt passiert, dass die Revolutionsgarden als Terrororganisation eingestuft werden. Da tut sich doch schon einiges in der Bundesregierung.

**Hardt:** Das würde ich ausgesprochen begrüßen. Da kann er auf unsere Unterstützung zählen. Es kommt hinzu, dass wir Aktivitäten des iranischen Staates in Deutschland haben, die gegen Exiliraner gerichtet sind. Ich fordere die Schließung des islamischen Zentrums in Hamburg und weiterer Institutionen dieser Art in Berlin, wo wir aufgrund der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse und Erkenntnisse unserer Sicherheitsbehörden davon ausgehen

müssen, dass Menschen, die andere Iraner hier in Deutschland, Menschen, die in der Opposition zum Regime in Teheran stehen, unter Druck setzen. Ich habe selbst ein bitteres Beispiel erfahren von einer Person, die sich an mich gewandt hat, wo sehr plausibel ist, dass sie auf Betreiben des iranischen Staats hier in Deutschland bedroht wird. Das ist auch anhängig bei den Sicherheitsbehörden. Solche Fälle gibt es sicherlich auch mehrere und ich finde, das müssen wir auf der internationalen, sprich europäischen Ebene stärker artikulieren. Wenn die Bundesregierung jetzt endlich auf diese Linie einschwenkt, nachdem die Ampel-Koalition unsere Anträge im Bundestag in den letzten Monaten stets abgewiesen hat, dann haben wir etwas Konstruktives Gemeinsames hinbekommen, was uns hilft, den Iran weiter einzuhegen.

**Zerback:** Herr Hardt, lassen Sie uns das noch mal aufdröseln. Darin stecken jetzt zwei wichtige Forderungen, die in der Debatte sind. Vielleicht noch mal zurück zu den Revolutionsgarden. Da würde mich interessieren, für wie wirkungsvoll Sie das überhaupt halten, wenn das geschähe? Das wäre vielleicht kurzfristig erst mal nichts, wenn da nur eine abschreckende Wirkung erreicht werden soll. Oder sehen Sie das anders?

**Hardt:** Zum einen glaube ich, dass man mit einer solchen Aktion sowohl gegen Personen als auch gegen Institutionen außerhalb des Iran besser und wirksamer vorgehen kann. Wenn man weiß, dass sie zu dem Apparat der Revolutionsgarden gehören und das eine Terrororganisation ist, dann wird es einfacher sein, zum Beispiel solche wirtschaftlichen Unternehmen stärker zu durchleuchten, vielleicht zu durchsuchen, entsprechend ihre Tätigkeit einzuschränken. Es gibt einen Effekt, den ich für groß einschätze, der aber in der Diskussion bisher nicht die entscheidende Rolle spielt. Der Iran, die iranische Führung ist komplett überaltert. Das iranische Regime stützt sich auf alte weiße Männer in diesem Fall, die im Grunde die Zukunft des Landes nicht repräsentieren. Junge Menschen, die sich vielleicht aus Opportunismus oder Sorglosigkeit den Revolutionsgarden anschließen, weil sie sagen, das fördert mein zukünftiges Leben im Iran, die müssen wissen, dass sie sich einer Terrororganisation anschließen und dass ihre großen Pläne und Träume, die fast jeder junge Iraner hat, dass er eines Tages vielleicht in Europa oder in Amerika studieren kann, arbeiten kann, reisen kann, dass er diese Träume begraben kann, wenn er sich dieser Terrororganisation anschließt. Ich glaube, dass wir damit mittel- und langfristig schon auch die Revolutionsgarden im Iran selbst massiv schwächen, ...

**Zerback:** Mittel- und Langfristig, darauf wollte ich hinaus. – Lassen Sie mich noch zum zweiten Punkt kommen. Den möchte ich auf keinen Fall unter den Tisch fallen lassen. Wenn ich Sie richtig verstehe, dann geht es darum, ein bisschen wegzukommen von den reinen sicherheitspolitischen Aspekten, Vorschlägen, um den Iran jetzt zu schwächen, sondern eher zu gucken, wie die iranische Zivilgesellschaft gestärkt werden kann?

**Hardt:** Ich glaube tatsächlich, dass es im Iran keine Mehrheit, keine politische Mehrheit für die Unterstützung der Führung des Landes gibt, auch nicht für das politische Regime. Das kommt im Iran nicht zum Ausdruck, weil das ein Terrorregime ist. Es hat letztes Jahr über 800 politische Gefangene hingerichtet, bereits Anfang dieses Jahres schon wieder einige Dutzend unter dem angeblichen Vorwand der Spionage für Israel. Das ist der Standardvor-

wurf, der dann erhoben wird. Dann sind die Menschen hingerichtet worden. Es gibt vermutlich kein einziges Land in der Welt, das mehr politische Morde begeht, als der Iran. Das müssen wir thematisieren und da haben wir eine Zunahme gesehen, und das zeigt ja, dass das Regime sich offensichtlich unter Druck fühlt. Wir haben ja nicht nur die Erhebung der Frauen im Land gehabt im Zusammenhang mit dem Mord an Frau Amini, sondern wir haben auch andere Punkte, wo man sieht, dass die Zivilgesellschaft im Iran merkt, dass das Land in eine Sackgasse kommt, und die wirtschaftliche Entwicklung im Land ist auch negativ, so dass die Menschen auch nicht an eine gute Zukunft unter den Mullahs glauben. Ich glaube, dieses Momentum sollten wir schon nutzen. Der Iran ist ein Störer des Weltfriedens. Er hat Israel angegriffen, ein anderes Land angegriffen. Damit erfüllt er genau die Bedingungen, wo wir sagen, es ist keine Eimischung in die inneren Angelegenheiten des Iran, sich gegen die iranische Führung zu wenden, sondern der Iran ist eine aggressive Macht gegenüber anderen. Deswegen muss die Völkergemeinschaft insgesamt dagegen aufstehen.

**Zerback:** Alle versuchen, eine weitere Eskalation zu verhindern. Sollte es doch dazu kommen, wäre das der Ernstfall für die deutsche Staatsräson? Wie weit würden Sie gehen, um Israel da zu unterstützen?

**Hardt:** Zunächst glaube ich, dass wir als Deutsche uns nicht Überlegungen anschließen sollten, die ja einige andere Staaten haben, man müsse Militärexporte, Rüstungsexporte nach Israel stoppen. Ich glaube, wenn die israelische Regierung sagt, wir brauchen zur Verteidigung unseres Landes zusätzliche militärische Mittel, Munition, Raketen, Flugabwehrraketen und sonstige Technik, dann muss Deutschland bereit sein, das zu liefern, auch mit Vorrang zu genehmigen, wenn solche Exportanträge gestellt werden. Das zweite ist, dass wir für den Fall, dass Israel seine Abwehr gegen solche Angriffe wie den vom Iran vom vergangenen Samstag neu organisiert und dafür Partner braucht, dass Deutschland auch sorgfältig prüft, ob wir einen Beitrag leisten können.

**Zerback:** Auch militärisch?

**Hardt:** Wir haben das in der Nacht von Samstag auf Sonntag nicht getan, aber wenn der Wunsch der israelischen Regierung gekommen wäre, zum Beispiel unsere Luftbetankungskapazitäten in Jordanien, die wir ja haben, einzusetzen zur Unterstützung der Abwehr dieser Raketen, oder die Fregatte, die noch im Roten Meer stationiert ist, ab August dann wieder eine deutsche Fregatte im Roten Meer im Rahmen der Mission der Europäischen Union zum Schutz der Seewege, dass wir da offen sind und dass der Deutsche Bundestag dann auch offen diskutiert, wenn die Bundesregierung eine entsprechende Mandatsausweitung will. Die Hilfe für Israel bei der Verteidigung seiner Existenz ist deutsche Staatsräson und im Zweifel müsste man dann auch einem solchen Wunsch entsprechen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*